



Staaten müssen Anstrengungen beim Klimaschutz deutlich erhöhen

Staaten müssen Anstrengungen beim Klimaschutz deutlich erhöhen
Anlässlich der heute in Doha (Katar) beginnenden 18. UN-Klimakonferenz fordert der NABU von der Staatengemeinschaft größere Anstrengungen beim Klimaschutz. "Sowohl das Umweltprogramm der Vereinten Nationen als auch die Weltbank haben in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, dass sich ein gefährlicher Klimawandel noch verhindern lässt, wenn wir klimaschädliche Emissionen bereits vor 2020 deutlich stärker reduzieren als bislang vereinbart", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Dazu müssten alle Staaten ihren Beitrag leisten und überprüfen, in welchen Bereichen sie zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Dies gelte unabhängig davon, ob sie ab 2013 verbindliche Reduktionsverpflichtungen für ihren Treibhausgasausstoß unter dem Kyoto-Protokoll übernehmen oder nicht. Damit das Zwei-Grad-Ziel erreichbar bleibt, müssten in Doha zusätzliche Initiativen und Programme zur Verringerung der bislang nicht berücksichtigten Emissionen aus der Land- und Forstwirtschaft sowie für die besonders schnell wirksamen Klimatreiber Ruß, Ozon, Fluorkohlenwasserstoffe und Methan beschlossen werden. "An einem neuen Weltklimaabkommen für die Zeit ab 2020 führt kein Weg vorbei. Dabei sollten Vorreiter-Allianzen die Möglichkeit bekommen, sich zu mehr Leistungen zu verpflichten als es der sonst übliche Minimalkonsens aller 192 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention ermöglicht. Wer bereit ist, stärkere Verpflichtungen zur Bewältigung des Klimawandels einzugehen, sollte dafür zum Beispiel mit einem exklusiven Zugang zu bestimmten Institutionen, Finanzierungsinstrumenten oder Technologieplattformen belohnt werden", so Tschimpke. So könne ein aktiver Anreiz geschaffen werden, dass die Nachzügler tatsächlich anstreben, nach und nach in den Club der Klimaschutz-Vorreiter aufzusteigen. Bis 2020 sollten zudem in möglichst vielen Ländern die Voraussetzungen geschaffen werden, dass nachhaltige Formen der Landnutzung in die Verpflichtungen unter einem neuen Weltklimaabkommen einbezogen werden können. Der NABU fordert darüber hinaus verbindliche Zusagen der Industrieländer in Doha, die Finanzierungsmittel für die internationale Klimazusammenarbeit im Zeitraum bis 2015 zu verdoppeln und Eckpunkte für die in Kopenhagen zugesagte Aufstockung bis auf 100 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 zu vereinbaren. Für die betroffenen Entwicklungsländer müssen die Finanzierungsmöglichkeiten zur Aufstellung und Umsetzung ihrer nationalen Anpassungspläne geklärt werden. "In den Bilanzen der großen Versicherungsunternehmen lassen sich die steigenden Kosten für Schäden aus klimabedingten Naturkatastrophen bereits ablesen. In Doha sollte daher die Entwicklung eines Systems von Ausgleichszahlungen für erlittene Schäden beschlossen werden, bei denen eine Anpassung an die Folgen der Erderwärmung nicht mehr möglich ist", forderte NABU-Präsident Tschimpke. Dies würde auch den Druck auf die Verhandlungsstaaten erhöhen, die drohenden Entschädigungen durch erhöhte Klimaschutzanstrengungen möglichst gering zu halten. NABU-Präsident Olaf Tschimpke nimmt ab dem 4. Dezember am Ministersegment der UN-Klimaverhandlungen in Doha teil und steht für Fragen und Interviews zur Verfügung.
NABU - Naturschutzbund Deutschland
Herbert-Rabius-Strasse 26
53225 Bonn
Deutschland
Telefon: 02 28/40 36-0
Telefax: 02 28-40 36-200
Mail: NABU@NABU.de
URL: <http://www.nabu.de>

Pressekontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

53225 Bonn

nabu.de
NABU@NABU.de

Firmenkontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

53225 Bonn

nabu.de
NABU@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.